Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 3

Artikel: Das Misstrauen gegen die politischen Parteien
Autor: Roschewski, Heinz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337444

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

HEINZ ROSCHEWSKI

Das Misstrauen gegen die politischen Parteien

In der kürzlichen St. Galler Stadtratsersatzwahl wurde der offizielle Kandidat der Freisinnig-demokratischen Partei durch einen inoffiziellen Anwärter geschlagen. Vorher erlebten die Konservativ-christlichsozialen in Basel bei einer Ersatzwahl in den Regierungsrat das gleiche. Bei der Wahl von zwei Gerichtspräsidenten in Basel empfahl sich der nachher mit der höchsten Stimmenzahl gewählte Kandidat selbst mit dem Hauptargument, daß er keiner politischen Partei angehöre. Bei all diesen Wahlen, bei all diesen Wahlerfolgen und -niederlagen spielte eine ganze Serie von Faktoren eine Rolle, je nach örtlichen und andern Gegebenheiten verschiedene Faktoren und in verschiedenen Stärkegraden. Allen diesen Vorfällen ist aber auch etwas gemeinsam: eine Abneigung des ungebundenen Stimmbürgers gegen Parteivorstandsbeschlüsse, gegen von der Parteileitung präparierte Kandidaten, vor allem auch gegen die Präsentierung einer einzigen, von den andern Parteien stillschweigend geschluckten Nomination statt einer Auswahl.

Diese gegen die Parteien sich wendende Strömung

im Bewußtsein und Unterbewußtsein der Stimmbürger wäre natürlich rational leicht ihrer Unlogik und ihrer Unzweckmäßigkeit zu überführen. Im Fall der St. Galler Stadtratswahl ersetzte das Volksverdikt nur einen Parteikandidaten durch ein anderes Mitglied der gleichen Partei, das seine bisherige öffentliche Karriere, durch das überhaupt seine «wilde» Kandidatur möglich wurde, ebenso brav im Rahmen der Partei gemacht hatte wie der andere Kandidat. Auch bei der Basler Regierungsratswahl war der Gewählte ein Mitglied der gleichen Partei wie der unterlegene offizielle Kandidat und war auch nur durch die Partei zu jener öffentlichen Position gelangt, welche das Sprungbrett zum Aufstieg in den Regierungsrat bildete. Der als Basler Strafgerichtspräsident gewählte parteilose Kandidat konnte nur in den Kampf steigen, weil eine Partei ihn portierte und eine weitere ihn unterstützte. Von einer höheren Warte aus gesehen: Das Funktionieren der schweizerischen Demokratie ist wenigstens vorläufig nur dank den Parteien möglich. Die Parteien erfüllen einerseits die Aufgabe der öffentlichen Meinungsbildung und der Aufklärung der Stimmbürgerschaft über die Abstimmungsvorlagen. Und anderseits dienen die Parteien als Ausbildungsstätte für die Mandatäre und Funktionäre in den gesetzgebenden, ausführenden und richterlichen Behörden; das Aufstellen von Kandidaten und die Durchführung von Wahlen ist trotz den neuesten Vorfällen ohne Parteien nicht denkbar.

Trotzdem wollen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Das Mißtrauen und die Abneigung gegen die Parteien im allgemeinen bestehen. Diese Antipathie hat

nicht nur irreale Gründe,

nämlich das Streben nach der Vorstellung, wirklich wählen und auswählen zu dürfen, nicht nur den von der Partei dem Wähler vorgesetzten Kandidaten schlucken zu müssen; das Mißtrauen gegen Parteibeschlüsse als nicht ganz durchschaubare Machenschaften; die unbewußte Angst vor der als anonym angesehenen und weit überschätzten Macht der Parteien; die Lust, dieser dunklen Macht einmal eins auszuwischen. Es bestehen auch durchaus reale Gründe für diese Abwertung der Parteien. Sie liegen in der Entpolitisierung des öffentlichen Lebens, die Hand in Hand geht mit einer Entideologisierung der Parteien selbst. In einem Diskussionsbeitrag der «Neuen Zürcher Zeitung» hat Walter Bodmer-Lenzin sogar das Verschwinden der politischen Parteien in einer späteren Zukunft vorausgesagt, dann nämlich, «wenn die Politik endgültig der sozialen Technik weichen, die politische Führung endgültig durch die Datenverarbeitung abgelöst werden wird». In diesem Zusammenhang wurde auf

grundlegende Strukturwandlungen

hingewiesen: die Meinungsbildung verlagert sich immer mehr von den Parteien auf Interessengruppen, die Impulse für die Gestaltung der Gemeinschaft kommen immer mehr aus den Wirtschaftsverbänden, grundlegende, weltanschauliche Fragen spielen eine immer geringere Rolle, konkrete Gruppeninteressen eine immer größere. Der Prozeß der Organisation der Gemeinschaft und der Rechtsbildung, also all das, was wir unter Politik im weiteren Sinne verstehen, versachlicht sich. Symptom: das Gewicht der Arbeit von Expertenkommissionen übersteigt die Bedeutung der Debatten in den Parlamenten und Behörden. Die Sachfragen verdrängen die grundsätzlichen Fragen aus der öffentlichen Diskussion. Die Meinungsbildung weicht allmählich der Aufklärung und Belehrung durch Experten. Das Ringen um die Macht, das der Parteipolitik zugrunde liegt, ist bestehen geblieben, aber der

Charakter der Macht hat sich geändert.

Die Macht, schrieb Walter Bodmer in seinem erwähnten Diskussionsbeitrag, wird aus der bloßen Möglichkeit und Fähigkeit, Einfluß zu haben, zu einem Zwang, sich einen Überblick über vielfältige Faktoren und verwickelte Zusammenhänge zu verschaffen und sachgemäße Entscheidungen zu treffen. «Das Leben in den modernen, hochindustrialisierten Ländern ist so kompliziert, sein geordneter Ablauf durch so vielfältige Faktoren bedingt,

daß Führung in zunehmendem Maße zu Datenverarbeitung wird.» Darum bricht der weltanschauliche Rahmen der einzelnen Parteien auseinander. Darum wird es aber auch schwerer, die Gruppeninteressen in einer Partei zusammenzuhalten. Das öffentliche Leben kreist nicht mehr um die großen Grundfragen der staatlichen und gesellschaftlichen Organisation, sondern ist ein

kompliziertes Räderwerk von Sachfragen

wichtigeren und weniger wichtigeren Ranges. «Die Parteien und die sie führenden Politiker fühlen sich – sich selbst gegenüber ehrlich – nicht mehr legitimiert, alle Hebel der Kenntnisse und der Entscheidung zu betätigen», schrieb Dr. Ernst Bieri in einem weiteren Diskussionsbeitrag in der «NZZ», «sie ziehen zur eigenen Meinungsbildung die jeweils zuständigen Fachleute bei.» Die Parteien erscheinen so nicht mehr als schöpferisch tätige Organisationen, sondern als «Gefäße, in welche die andernorts ausgehandelten und ausgemachten Gedankengänge einströmen, um auf dem Umweg über die Parole den Stimmbürgern präsentiert zu werden». – All das ist wohl überspitzt gesagt, und gegen diese oder jene Behauptung könnten da und dort Gegenbeispiele angeführt werden, und der Entleerungsprozeß der Parteien betrifft nicht alle Parteien oder wenigstens nicht alle Parteien gleich stark. Aber Entwicklungstendenzen in dieser Richtung sind zweifellos vorhanden. Ein Teil der Antipathien des «Mannes auf der Straße» gegen die Parteien richtet sich aber eigentlich nicht grundsätzlich gegen die Parteien, sondern eher

gegen den herkömmlichen Stil der Parteiarbeit.

Den Parteistil zu ändern, zu modernisieren, den Gegebenheiten von heute und den Entwicklungen von morgen anzupassen, ohne die großen Leitideen und Ideale aus den Augen zu verlieren, ist eine Aufgabe, die jede schweizerische Partei heute beschäftigen muß. Es wird auch in der Sozialdemokratie einiges getan in dieser Richtung. Und es ist anzunehmen, daß noch mehr getan werden wird, wobei alle Neuerungen natürlich erst auf lange Zeit hinaus Früchte tragen können. Eine der Hauptaufgaben wird sein, den Mythos der Parteien und der Parteibeschlüsse zu zerstören, dem Volk vor Augen zu führen, daß die Willensbildung in der Partei das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen braucht, daß ernsthaft, sachlich und demokratisch diskutiert und entschieden wird. Also weitgehende Öffentlichkeit der Parteiversammlungen und Parteitage, keine falsche Angst vor dem Hinaustragen von internen Auseinandersetzungen! Und dann: den Stil der Parteitätigkeit ändern, die Parteiversammlungen in der Zahl drastisch reduzieren und dafür dann die verbleibenden Veranstaltungen zum Forum erstklassiger Information und wirklicher Entscheidung über große Fragen machen! Dann wird

man, auch wenn einmal das ganze Volk «televisioniert» ist, den Ruf der Parteien attraktiv erhalten können. – Gerade weil wir überzeugt sind, daß unsere schweizerische Demokratie zu ihrer Gesundheit die Parteien wie Vitamine braucht, seien diese Probleme einmal zur Diskussion gestellt.

MARKUS SCHELKER

Die SPD - der Weg einer Partei

Die vorliegende Arbeit kann selbstverständlich kein umfassendes Bild über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland vermitteln. Sie soll vielmehr einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Sozialismus in seinem geistigen Ursprungslande ermöglichen, der jedoch durchaus nicht Anspruch darauf erhebt, «alleinseligmachend» zu sein.

Deutschland ist das geistige

Ursprungsland des modernen Sozialismus!

Schon um die Jahrhundertwende, zwischen dem 18. und dem 19. Jahrhundert, vertrat *Fichte* einzelne sozialistische Ideen. *Hegel* baute sein Gedankengebäude der Dialektik auf, das *Marx* später als Grundlage für seinen wissenschaftlich begründeten dialektischen Materialismus diente. Zu einer kurzen Darstellung der Geschichte des Sozialismus in Deutschland gehört bestimmt ein kurzer Überblick über die Tätigkeit von Karl Marx in diesem Lande, wo er ja auch geboren wurde. In seinen Studienjahren schloß er Bekanntschaft mit den Linkshegelianern, deren geistige Führer *Feuerbach* und *Bruno Bauer* waren. Doch später löste er sich von dieser Gruppe (Thesen über Feuerbach!) Von 1842 bis 1843 war er Redaktor der linksbürgerlichen «Rheinischen Zeitung», bis er emigrieren mußte. In diese Zeit fallen auch seine ersten Kontakte mit *Friedrich Engels,* aus denen eine Lebensfreundschaft entstehen sollte. 1848 kehrte Marx nach Deutschland zurück und begründete die «Neue Rheinische Zeitung», die jedoch bald wieder zusammenbrach. Hierauf verließ Marx Deutschland endgültig, um für immer nach London überzusiedeln. Der 1847 gegründete Kommunistenbund, in dessen Auftrag Marx und Engels das Kommunistische Manifest verfaßt hatten, fiel infolge innerer Differenzen nach dem Austritt von Marx und Engels im Jahre 1852 wieder zusammen. Dieser Geheimbund spielte nie eine politische Rolle. Auch die 1. Internationale, die 1864 entstand, erlangte nie eine besondere politische Bedeutung. Sie umfaßte lediglich Einzelmitglieder, nicht aber